

**Satzung
der Gemeinde Osterhorn
Kreis Pinneberg
über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern
(Entschädigungssatzung)**



Aufgrund des § 4 Abs. 1 S. 1 und des § 24 Abs. 3 S. 1 der Gemeindeordnung (GO) für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28. Februar 2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBl. S. 514), wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung der Gemeinde Osterhorn vom 08.12.2020 folgende Entschädigungssatzung für die Gemeinde Osterhorn erlassen:

§ 1

Anwendungsbereich und Entschädigungsgrundlagen

(zu beachten: §§ 4 und 24 GO, Entschädigungsverordnung – EntschVO und Jubiläumsverordnung - JubVO)

Die Entschädigungssatzung regelt die Entschädigung der Mitglieder der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse, der Ehrenbeamtinnen und –beamten sowie der sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde nach Maßgabe der zum Zeitpunkt der Betrachtung geltenden Fassung

1. der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. 2003, S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBl. S. 514),
2. der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung - EntschVO) des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 3. Mai 2018 und
3. der Vorschrift der Landesverordnung über die Dienstzeitehrung aus Anlass des Dienstjubiläums von Beamtinnen und Beamten und Berufsrichterinnen und Berufsrichtern (Jubiläumsverordnung - JubVO) vom 28. Februar 2018, zuletzt geändert am 08.11.2018 (GVOBl. S. 691).

§ 2

Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und ihrer/seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter

(zu beachten: § 6, § 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 9 Abs. 2 EntschVO)

(1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 94,5 % des Höchstsatzes der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung, gemäß des § 6 Abs. 1 EntschVO. Bei der so berechneten Aufwandsentschädigung sind Nachkommastellen zu vollen Beträgen aufzurunden.

(2) Neben der monatlichen Aufwandsentschädigung werden der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister auf Antrag besonders erstattet, gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 und 2 der EntschVO:

1. bei Benutzung eines Wohnraumes für dienstliche Zwecke neben einer Mietpauschale die zusätzlichen Aufwendungen für dessen Heizung, Beleuchtung und Reinigung,

2. bei dienstlicher Benutzung einer privaten Telekommunikationseinrichtung die Kosten der dienstlichen notwendigen Telefongebühren, die anteiligen Grundgebühren und bei erstmaliger Herstellung des Anschlusses nach Übernahme des Ehrenamtes die anteiligen Kosten der Herstellung.

Die Entschädigungen nach Ziffer 1 und 2 können jeweils durch eine Pauschale gezahlt werden. Die Festsetzung der Höhe der Pauschale erfolgt durch Beschluss der Gemeindevertretung.

(3) Der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird bei Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 9 Abs. 2 EntschVO, eine entsprechende Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt. Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vertreten wird, ein Dreißigstel der, in Absatz 1 genannten, monatlichen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Die Aufwandsentschädigung für die Stellvertretung darf die Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nicht übersteigen. Für Vertretungen, die weniger als 3 Tage dauern, wird eine Vertretungsentschädigung nicht gewährt.

§ 3 **Sitzungsgelder**

(zu beachten: § 12 EntschVO)

(1) Die Gemeindevertreterinnen und –vertreter erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung, gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO, für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung und an Sitzungen der Ausschüsse denen sie angehören, ein Sitzungsgeld in Höhe von 94 % des Höchstsatzes der Verordnung. Bei dem so berechneten Sitzungsgeld sind Nachkommastellen zu vollen Beträgen aufzurunden.

(2) Die nicht der Gemeindevertretung angehörenden Mitglieder der Ausschüsse (bürgerliche Mitglieder) erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 94 % des Höchstsatzes der Verordnung, gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO. Bei dem so berechneten Sitzungsgeld sind Nachkommastellen zu vollen Beträgen aufzurunden.

Entsprechendes gilt für stellvertretende Ausschussmitglieder im Vertretungsfall.

(3) Ausschussvorsitzende und bei Verhinderung deren Vertretende erhalten nach Maßgabe der jeweils aktuellen Verordnung, gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 V. m. § 12 Abs. 1 EntschVO, für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung zusätzlich ein Sitzungsgeld in Höhe von 94 % des Höchstsatzes des Sitzungsgeldes der Verordnung. Bei dem so berechneten Sitzungsgeld sind Nachkommastellen werden zu vollen Beträgen aufzurunden.

§ 4 **Entgangener Arbeitsverdienst**

(zu beachten: § 13 Abs. 1,2 und 4 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr.2 und 3 sowie Abs. 2, 3,5 GO)

(1) Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevorsteherinnen und –vertretern, den nicht der Gemeindevorstellung angehörenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte ist der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbstständiger Arbeit auf Antrag in der nachgewiesenen Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

(2) Sind die in Abs. 1 Satz 1 genannten Personen selbstständig, so erhalten sie für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit während der regelmäßigen Arbeitszeit entstandenen Verdienstausfall auf Antrag eine Verdienstausfallentschädigung, deren Höhe je Stunde im Einzelfall auf der Grundlage des glaublich gemachten Verdienstausfalls nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Der Höchstbetrag der Verdienstausfallentschädigung je Std. beträgt 22,50 EUR. Die Verdienstausfallentschädigung je Tag ist auf 180,00 EUR begrenzt.

§ 5 **Abwesenheit vom Haushalt**

(zu beachten § 13 Abs. 3 und 4 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 4 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

Ehrenbeamtinnen und –beamte, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, Gemeindevorsteherinnen und –vertreter, die nicht der Gemeindevorstellung angehörenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder von Ausschüssen und Mitglieder der Beiräte, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die durch das Ehrenamt oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt während der regelmäßigen Hausarbeitszeit gesondert auf Antrag für jede volle Stunde der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 10,00 EUR.

Auf Antrag sind statt einer Entschädigung nach Stundensätzen die angefallenen notwendigen Kosten für die Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

§ 6

Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen

(zu beachten §14 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 5 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevorsteherinnen und –vertretern, die nicht der Gemeindevorstellung angehörenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte werden auf Antrag die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürftiger Familienangehöriger gesondert erstattet. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die entgangener Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit oder Verdienstausfallentschädigung nach § 4 oder eine Entschädigung nach § 5 gewährt wird.

§ 7

Reisekosten- /Fahrtkostenentschädigungen

(zu beachten: §§ 15 und 16 EntschVO, § 24 Abs. 1 Nr. 6 sowie Abs. 2, 3, 5 GO)

(1) Ehrenbeamtinnen und –beamten, ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeindevorsteherinnen und –vertretern, die nicht der Gemeindevorstellung angehörenden Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern von Ausschüssen und Mitgliedern der Beiräte ist für die Dienstreisen auf Antrag eine Reisekostenvergütung nach den für die Beamtinnen und Beamten geltenden Grundsätzen zu gewähren.

(2) Fahrtkosten für die Fahrten zum Sitzungsort und zurück, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück werden gesondert erstattet. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge richtet sich die Höhe der Entschädigung nach den Sätzen des § 6 Abs. 1 – 3 Bundesreisekostengesetz.

§ 8

Dienstjubiläen

(zu beachten: § 24 Abs. 6 GO)

Ehrenbeamtinnen und –beamten erhalten bei Dienstjubiläen eine Jubiläumszuwendung. Die Vorschriften der Jubiläumsverordnung vom 29. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 462) gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 zur Jubiläumsdienstzeit nur Zeiten im jeweiligen Ehrenbeamtenverhältnis sowie Vordienstzeiten in anderen Ehrenbeamtenverhältnissen zählen.

§ 9

Verarbeitung personenbezogener Daten

(zu beachte: Datenschutz-Grundverordnung DSGVO, Landesdatenschutzgesetz – LDSG)

Die Gemeinde Bokel und das Amt Hörnerkirchen ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevorstellung sowie der sonstigen Mitglieder in Ausschüssen und Beiräten bei den Betroffenen gem. § 13 und § 26 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederkartei zu speichern.

§ 10

Rückgang der Einwohnerzahl

Ein Rückgang der Einwohnerzahl ist für die Bemessung der Aufwandsentschädigung bis zum Ablauf der jeweiligen Wahlperiode unbeachtlich.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über Entschädigung in Kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung) vom 01.06.2008 außer Kraft.

Osterhorn, den 11.12.2020


Ralf Henning
Bürgermeister

